

Beschlüsse der gemeinsamen Landeskonferenz der hauptberuflichen Jugendreferentinnen und Jugendreferenten und Dekanatsjugendpfarrerinnen und Dekanatsjugendpfarrer 2017

### Beschluss des Antrags 1: Stoppt die Abschiebung nach Afghanistan!

Die gemeinsame Landeskonferenz beschließt folgenden Text:

In der bayerischen Jugendarbeit innerhalb der Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen, haben wir als Hauptberufliche viel und intensiven Kontakt zu geflüchteten Menschen, auch aus Afghanistan. Aus Kontakten wurden Beziehungen – aus Fremden Freunde! Daher wissen wir auch um die berechtigten Ängste und Sorgen, welche die angekündigten und zum Teil bereits umgesetzten Sammelabschiebungen mit sich bringen.

Daher fordern wir als bayerische Jugendreferent/-innen und Dekanatsjugendpfarrer/-innen die sofortige Aussetzung der Abschiebungen nach Afghanistan!

Es ist aus christlicher, aus humanitärer und auch aus rechtlicher Sicht schlicht nicht nachvollziehbar, warum die bayerische Staatsregierung nach wie vor an den Sammelabschiebungen nach Afghanistan festhält. UN, UNHCR, unzählige Expert/-innen und sogar die Bundeswehr in ihrem „Ausblick Sicherheitslage 2016“ konstatieren eine sich verschlechternde Sicherheitslage in Afghanistan. Die UN berichteten erst jüngst von Rekordzahlen unter den zivilen Opfern von Terroranschlägen.

Auch wir haben in unserer Arbeit täglich Kontakt zu vorwiegend jungen Menschen aus Afghanistan. Viele von ihnen mussten in ihrer Heimat Schreckliches, wie die Exekution ihrer Familien, erleben und sind schwer traumatisiert zu uns gekommen. Trotz dieser gewaltigen psychischen Probleme nehmen fast alle ihr Leben in die Hand, lernen unsere Sprache, besuchen die Schule, beginnen eine Berufsausbildung und engagieren sich ehrenamtlich, um dann letztendlich abgeschoben zu werden. Die Abschiebungen in ein Land, in dem sich seit längerer Zeit die Sicherheitslage immer weiter verschlechtert, haben nichts mit christlicher Nächstenliebe, humanitärer Fürsorgepflicht und der Wahrung der Menschenrechte der aus Afghanistan Geflüchteten zu tun.

Wir fragen uns bestürzt, wie es sein kann, dass eine vage formulierte Aussicht auf Sicherheit genügt, Menschen in ein Land abzuschieben, von dem international anerkannte Organisationen klar und eindeutig sagen, dass es nicht sicher ist. Aus unserer Sicht ist ein derartiges Vorgehen weder vor dem Hintergrund der Menschenrechte – man nehme nur das im Grundgesetz verankerte Recht auf körperliche Unversehrtheit – und schon gar nicht unter Berücksichtigung christlicher Wertvorstellungen akzeptabel.

Finanzminister Markus Söder postulierte kürzlich, der Staat müsse „für nachvollziehbare Gerechtigkeit sorgen“, verbunden mit der Aufforderung an die Kirchen, sich doch um ihre eigenen Angelegenheiten zu kümmern. Abgesehen davon, dass wir auch in letzterer Hinsicht anderer Meinung sind, sagen wir hiermit klar und deutlich:

Abschiebungen nach Afghanistan haben mit nachvollziehbarer Gerechtigkeit nichts zu tun!

Beschlüsse der gemeinsamen Landeskonferenz der  
hauptberuflichen Jugendreferentinnen und Jugendreferenten und  
Dekanatsjugendpfarrerinnen und Dekanatsjugendpfarrer 2017

Angesichts der Einschätzungen von internationalen Organisationen und angesichts der  
Berichterstattung in seriösen Medien wirken Abschiebungen nach Afghanistan alles andere als  
wohlbegründet und auf gesicherten Fakten beruhend. Im Gegenteil:  
Menschen werden in eine unsichere und möglicherweise tödliche Zukunft abgeschoben.

Adressaten:

- Landesjugendkammer

Zur Kenntnis an:

- Alle Jugendwerke
- Vernetzte Kirche
- Landesjugendkammer

Antragsteller/-innen

Ilona Schuhmacher, Dorothee Petersen, Burkhard Wagner, Jochen Nitz, Markéta Kaiser, Daniela  
Flachenecker

Abstimmung:

87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen (angenommen)